

Islam in Deutschland: eine Herausforderung für die Bildungs- und Kulturpolitik Deutschlands

Karakasoglu, Yasemin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Karakasoglu, Y. (1995). Islam in Deutschland: eine Herausforderung für die Bildungs- und Kulturpolitik Deutschlands. In H. Sahner, & S. Schwendtner (Hrsg.), *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen* (S. 292-296). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-137328>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

- Berry, J.W. (1990), Psychology of acculturation. In: R.W. Brislin (Ed.): Applied cross-cultural psychology. Newbury Park.
- Esser, H. (1980), Aspekte der Wanderungssoziologie. Darmstadt.
- EVA-A (1995)(Hrsg.), Projektbericht. Jena.
- Heller, W. (1992), Bericht über zwei Forschungsprojekte über Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. In: W. Althammer und L. Kossolapow (Hg.): Aussiedlerforschung. Köln.
- Nauck, B. (1988), Sozialstrukturelle und individualistische Migrationstheorien. Elemente eines Theorienvergleichs. in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 40, 15-39.
- Otto, K.A. (1990), Aussiedler und Aussiedler-Politik im Spannungsfeld von Menschenrechten und kaltem Krieg. In: ders. (Hg.): Westwärts - Heimwärts?. Bielefeld.
- Rittstieg, H. (1994), Wanderungspolitik als Gesellschaftspolitik. In: Arthur J. Cropley et al. (Hg.): Probleme der Zuwanderung. Bd.1. Göttingen.
- Sell-Greiser, C. (1993), Aus- und Übersiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg.
- Six, B. / Zick, A. (1995), Die 'Woandersgebürtigen' - Aussiedler zwischen Eigen- und Fremddistanz. In: Projekt EVA-A (Hg.): Projektbericht. Jena.
- Trube, J. (1984), Assimilation und ethnische Identifikation. Weinheim.
- Wagner, E. (1983), Zur sozio-kulturellen und kirchlich-religiösen Eingliederung. In: H. Hamsen (Hg.), Die Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Wien.

Prof. Dr. Bernd Six und Andreas Zick, Bergische Universität GHS Wuppertal, FB1 Gesellschaftswissenschaften, Gaußstraße 20, D-42097 Wuppertal

3. Islam in Deutschland - Eine Herausforderung für die Bildungs- und Kulturpolitik Deutschlands

Yasemin Karakaşoğlu

Einführung

Der Islam in Deutschland hat sich mittlerweile zur zweitgrößten Religion nach dem Christentum entwickelt. Obwohl die Zahl der Muslime in Deutschland heute bei 2,5 Mio. liegt, ist der Islam nach wie vor mit Ängsten und Ressentiments seitens der Aufnahmegesellschaft besetzt; der breiten Bevölkerung ist nur sehr wenig über diese Religion bekannt. Ein anderer Grund für das etwas problematische Verhältnis zum Islam in Deutschland sind die Vielzahl der islamischen Organisationen und Gruppierungen, die sich, teilweise jede für sich, teilweise auch als Föderationen, als offizielle Repräsentanten des Islam in Deutschland vorstellen, die aber nach wie vor auch durch Kontroversen untereinander gekennzeichnet sind. Es erscheint daher mehr als notwendig, sich mit der Präsenz und den Erscheinungsformen des Islam in der Diaspora differenziert auseinanderzusetzen. Dies ist um so wichtiger, als sich insbesondere seit Mitte der 80er Jahre abzeichnet, daß die ehemaligen muslimischen "Gastarbeiter" zu einem festen Bestandteil der deutschen Gesellschaft geworden sind. Da der Islam in Deutschland im wesentlichen türkisch geprägt ist, ca. 89% der Muslime kommen aus der Türkei, erscheint es legitim, sich auf seine spezifisch türkische Ausprägung zu konzentrieren. Hier soll bewußt keine klassische Behandlung der Frage nach

fundamentalistischen Tendenzen bei türkischen Muslimen vorgenommen werden; dies wäre ein Thema für sich und würde die Bedeutung von islamistischen Strömungen im Sinne von politischen Ideologien bei der hier lebenden türkischen Bevölkerung überbewerten. Laut Verfassungsschutz machen die Islamisten, damit sind die islamischen Vertreter extremistischer religiös-politischer Ideologien gemeint, nur ca. 1% der Muslime in der Bundesrepublik aus. Unterschieden werden muß zwischen den Initiatoren des institutionalisierten Islam und dem praktisch gelebten Islam der Mehrheit der Muslime auch in Europa.

Entwicklung des Islam in Deutschland

Der Islam in Deutschland gewinnt erst durch die Einwanderung von muslimischen Menschen aus der Türkei, Nordafrika und dem Balkan seit den 60er Jahren im Zuge der Anwerbeabkommen von ausländischen Arbeitskräften zwischen der Bundesrepublik und den Entsendestaaten eine größere Bedeutung. Die Entwicklung in der Migrantengesellschaft von einer homogenen männlichen Arbeitnehmersgesellschaft zu einer heterogenen Wohnbevölkerung, deren Mitglieder in allen gesellschaftlichen Bereichen repräsentiert sind, bestimmte auch die Entwicklung des Islam in der Bundesrepublik. Diese Entwicklung fand auf zwei Ebenen statt, von denen die eine weniger spektakulär in der Etablierung eines praktisch gelebten Islam als Teil der türkischen Identität der Migranten besteht, die andere, in der Bildung von türkisch-islamischen Organisationen mit zumeist politisiertem Hintergrund, der, bezogen auf einzelne Gruppen als islamistisch bezeichnet werden kann. Zu Beginn der Arbeitsmigration nach Deutschland gab es in der Bundesrepublik kaum Moscheen. Die ersten Versuche der türkischen Muslime, ihren Glauben auch in der Fremde zu praktizieren, bestanden darin, in den Wohnheimen der Arbeiter bzw. in den Fabrikhallen um Gebetsräume für die täglichen Gebete zu ersuchen. Als Imame betätigten sich in der ersten Zeit für diese Funktion nicht speziell ausgebildete Arbeiter. In der mehrheitlich aus Arbeitnehmern bestehenden Migrantengesellschaft waren streng religiöse Personen eher die Ausnahme als die Regel. Politische Aktivitäten konzentrierten sich, bezogen auf die Bundesrepublik, auf die Tätigkeiten in Gewerkschaften und, bezogen auf das Heimatland Türkei, auf die Vertretungen türkischer Parteien in der Bundesrepublik, die sich im Zuge der politischen Entwicklung in der Türkei teilweise als Exilorganisationen in der Bundesrepublik etablierten. Im Gegensatz zu den linksliberalen Organisationen erkannten die konservativen bis rechtsradikalen Organisationen schon recht früh das Potential, welches in der Einbindung des islamischen Elementes in ihre Ideologie bestand. Parteien, die in verschiedenen Koalitionsregierungen der 70er Jahre in der Türkei als "Nationalistische Front" zusammenarbeiteten, die Nationalistische Volkspartei (MHP, Vorsitzender: Türkeş) und die Nationale Heilspartei (MSP/Vorsitzender Erbakan), waren in Form von Idealistenvereinen und Islamischen Kulturzentren zur gleichen Zeit auch in Deutschland vertreten. Insgesamt läßt sich jedoch feststellen, daß während der 70er Jahre politisch motivierte Vereine wesentlich stärker vertreten waren als religiöse. Erst mit der Verlagerung der Lebenswelt aus den Heimen in Wohnhäuser, auch bedingt durch den nach 1974 einsetzenden Familiennachzug, begann ein verstärktes Interesse an der Religion und damit verbunden die Suche nach geeigneten Moscheebauten, als die sich ehemalige Fabrikgebäude anboten. Die wachsende Bedeutung des Islam stand in engem Zusammenhang mit der neuen demographischen Zusammensetzung der türkischen Migrantengesellschaft. Der Zuzug von Frauen und Kindern verstärkte die soziale

Kontrolle unter den türkischen Muslimen. Der Auszug aus den nach Geschlecht getrennten Sammelunterkünften, die aufgrund ihrer Abgeschlossenheit zum einen eine Isolation von der Mehrheitsgesellschaft, aber auch Schutz vor Verunsicherungen durch diese boten, in die Wohngebiete der Städte, der durch die Familienzusammenführung notwendig geworden war, spielt eine wichtige Rolle bei der Hinwendung zum Islam. In einer durch andere Werte und Normen geprägten Gesellschaft wurde es vor allem für die erste Generation wichtig, die eigenen kulturellen Wertorientierungen zu pflegen. Darüber hinaus begann, einhergehend mit der wirtschaftlichen Rezession in der Bundesrepublik, auch die Arbeitslosigkeit unter den türkischen Arbeitnehmern zu steigen, bzw. die Angst um die Sicherheit des Arbeitsplatzes. In dieser Situation kam den islamischen Organisationen, die ein eigenes System der sozialen Unterstützung von Mitgliedern entwickelten, eine wichtige soziale Funktion zu. Der Islam bot hier angesichts der steigenden Lebensängste zum einen seelischen Beistand sowie ein glaubwürdiges und sicheres Gerüst zur Bewahrung der eigenen Werte.

Die Entwicklung seit den 80er Jahren

Im Zuge der 80er Jahre gewannen die Moscheevereine eine zunehmende Bedeutung für die türkischen Muslime, dabei spielten folgende Faktoren eine Rolle: Einhergehend mit einer Entpolitisierung der Gesellschaft in der Türkei im Zuge des Putsches 1980 und der Entwicklung der zunächst von den Militärs, später dann unter der Regierung Özal propagierten "türkisch-islamischen Synthese" (Türk-Islam-Sentezi), unterstützt von dem "Club der Intellektuellen" (Aydınlar Ocağı), der von führenden türkischen Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten gegründet worden war, wurde der Bevölkerung diese Bewegung als eine Art "Alternativ-Ideologie" zu den im Zuge des Putsches gescheiterten Ideologien des extremen Nationalismus bzw. Sozialismus angeboten, und von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert. Auch in der Migrantengesellschaft fand sie ihren Niederschlag. Ein weiterer wichtiger Faktor bei der Hinwendung zu religiösen Vereinen war die Erkenntnis, die sich insbesondere nach dem von türkischer Seite als wenig erfolgreich bewerteten Rückkehrförderungsgesetz von 1983-84 durchsetzte, daß Deutschland Daueraufenthaltort für die Familien ist. Das führte dazu, daß im schulischen Bereich und auch bereits im Kindergarten in der christlich geprägten Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eine islamische Minderheit auftrat, die nach ihren Regeln in einem christlichen Land neue Infrastrukturen schaffen wollte. Probleme gab es etwa in konfessionsgebundenen Kindergärten (über 80% der Kindergärten in der Bundesrepublik sind konfessionsgebunden), andere Probleme in den Schulen (Stichworte sind hier Widerstände muslimischer Eltern gegen die Teilnahme insbesondere der Mädchen am koedukativen Unterricht, das Tragen des Kopftuches auch an den Schulen sowie das Fehlen eines regulären islamischen Religionsunterrichts). Seit Anfang der neunziger Jahre steht mit den muslimischen türkischen, bosnischen oder nordafrikanischen Rentnern, die nicht in ihr Heimatland zurückkehren werden, eine weitere sozialpolitische Aufgabe ins Haus. Da nach islamischem Verständnis ein gläubiger Muslim bis zum Lebensende seine Schulden gegenüber dem Schöpfer abtragen kann, selbst wenn er in seiner Jugend nicht sehr "islamisch" gelebt hat, ist eine verstärkte Hinwendung zur Religion bei älteren Muslimen auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, daß sich auf die Migranten in der Bundesrepublik auch die Aktivitäten islamischer Länder als ihre religiösen Orientierung

gen vertiefend auswirken. Einfluß wird auch mehr oder weniger direkt über die finanzielle Unterstützung der islamischen Organisationen zum Ausbau einer islamischen Infrastruktur (Moscheen, Friedhöfe, Einrichtung von religiös orientierten Fortbildungskursen für Kinder und Erwachsene etc.), durch deren Versorgung mit umfangreichem islamisch orientiertem Schriftmaterial und über die Bereitstellung islamischer Geistlicher ausgeübt. Aber auch weltpolitischen Ereignisse, in die islamische Staaten aus Sicht der Muslime in der Opferrolle involviert sind, haben ihre Auswirkungen auf die Migranten. Diese Wahrnehmung unterstützt ein Solidaritätsgefühl der westeuropäischen Muslime mit den Opfern und eine Abgrenzung gegenüber den als Aggressoren empfundenen westlichen Staaten, die ja eigentlich Aufenthaltsort der muslimischen Migranten sind. Solche Ereignisse waren etwa die Ablehnung der Türkei als Vollmitglied durch die EU, der Golfkrieg und jüngst der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina.

Türkisch-islamische Organisationen in Deutschland

Bei der Ermittlung der Anzahl türkisch-islamischer Organisationen in Deutschland ist man auf die Eigenangaben der Vereine bzw. des Verfassungsschutzes (soweit in dessen Berichten erwähnt) angewiesen, welche wissenschaftlich kaum zu überprüfen sind und zumeist nur Annäherungen an die tatsächliche Zahl darstellen dürfte. Dasselbe gilt für die Mitgliederzahl, über die nur annähernde Schätzungen gemacht werden können. Dies hängt u.a. mit dem problematischen "Mitgliederbegriff" zusammen, der nicht nur die "eingetragenen Mitglieder im Moscheeverein" umfaßt, sondern die Nutzer der Moscheeinrichtung insgesamt meint. Derzeit stellt der Islam mit ca. 2000 regionalen Organisationen, mit ca. 50.000-100.000 Mitgliedern und mehr als 500.000 Nutzern den am stärksten organisierten Teil innerhalb der ethnischen und religiösen Minderheiten in der Bundesrepublik dar. Türkisch-islamische Organisationen haben sich in insgesamt acht unterschiedlich großen Dachverbänden zusammengeschlossen. Neben dem der türkischen Regierung nahestehenden großen Dachverband DITIB (740 Vereine) und dem zweitgrößten, allerdings nicht-laizistisch, sondern islamistisch orientierten Dachverband "Vereinigung der Neuen Welt-sicht in Europa" (AMGT, 262 Vereine), existieren die sogenannten "Süleymanisten" (VIKZ, 250 Vereine), die militant islamistisch agierenden Kaplan-Anhänger (ICCB, ca. 74 Vereine) die islamisch-türkischen Nationalisten (ATIB, 122 Vereine), die türkisch-nationalistischen Idealistenvereine, auch bekannt unter dem Namen "Graue Wölfe" (Türk Federasyonu, ca. 180 Vereine), die mittlerweile ebenfalls eine islamische Komponente entwickeln, der intellektuell ausgerichtete Orden der Nurculuk-Bewegung (30 Ausbildungsstätten) und seit neuestem auch ein Dachverband der alevitischen Gemeinden (Aleviler Birliği, 82 Vereine), eine spezifisch anatolische Variante des schiitischen Islam in Deutschland. Die hier vorgestellte Palette macht deutlich, daß der türkische Islam in Deutschland ganz unterschiedliche Ausprägungen zeigt, von staats-dirigistisch säkular über intellektuell-innovativ, nationalistisch bis hin zu islamisch-fundamentalistisch und militant islamisch ist jede Richtung vertreten. Heute existiert organisationenübergreifend eine Tendenz, nicht mehr schwerpunktmäßig im Hinblick auf eine spätere Rückkehr der türkischen Migranten in die Türkei hin zu operieren, sondern Zielsetzungen und Angebote den Verbleibabsichten der Migranten anzugleichen. Dies spiegelt sich auch im Führungswechsel bei einigen der türkisch-islamischen Organisationen wider. Immer mehr Türken der zweiten Generation bestimmen die Linie der Vereine. Neben rein religiösen Service-Angeboten wie Gebetsräumen, Korankursen,

Hilfe bei Überführungen der Toten in die Türkei durch sogenannte "Bestattungsfonds", Organisation von Pilgerfahrten bieten die Vereine inzwischen auch Kurse und Beratungen an, die bisher fast ausschließlich von staatlichen und kirchlichen Wohlfahrtsverbänden angeboten wurden. Hier seien spezielle Alphabetisierungs-, Deutsch- und Nähkurse für türkische Frauen und Mädchen genannt, wie auch Freizeitangebote, z.B. fernöstliche Kampfsportarten für männliche Jugendliche, sowie Arabischkurse und seit neuestem auch Computerkurse. Manche Moscheen bieten darüber hinaus Sozialberatung, Beratung im Umgang mit Ämtern sowie Übersetzungsdienste an.

Neuere Entwicklungen

Bislang existiert kein gemeinsamer Dachverband aller türkisch-islamischen Gemeinden, jedoch zeichnet sich ein immer deutlicherer Trend zur Bildung einer zentralen Instanz ab, die die Interessen der Muslime gegenüber der Mehrheitsgesellschaft vertreten soll. Als erste solche Instanz wurde der "Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland" 1986 in Berlin gegründet. Der Islamrat begreift sich als "gemeinsame Gesprächsebene und Koordinationsinstanz für die islamische Arbeit" der Mitglieder. In ihm sind z.B. die Nurculuk-Bewegung, die Milli Görüş-Vereinigung und zahlreiche ihr angeschlossene Organisationen sowie das Islam-Archiv-Soest (eine von deutschen Muslimen gegründete Institution) vereint. Ebenfalls 1986 wurde der "Islamische Arbeitskreis in Deutschland" (IAK) gegründet, der von einer Reihe von Organisationen ins Leben gerufen worden war, die sich nicht mit den Zielen des Islamrates identifizierten. Die Zielsetzungen dieses Spitzenverbandes sind im wesentlichen die gleichen wie beim "Islamrat". Mitglieder dieses Verbandes sind z.B. der Verband der Islamischen Kulturzentren, das Islamische Zentrum Aachen, die Deutschsprachige Islamische Frauengemeinschaft sowie die schiitische Organisation Islamisches Zentrum Hamburg. Der IAK in Deutschland hat sich im Dezember 1994 in "Zentralrat der Muslime in Deutschland" umbenannt. Diese Dachverbände vertreten zwar unterschiedliche Richtungen, es zeigt sich jedoch, daß sich ihre Interessen bezüglich der Forderungen an die deutsche Gesellschaft weitgehend decken und sie zur Erreichung ihrer migrationsbezogenen Ziele fähig sind, dennoch zusammenzuarbeiten. Wenn auch nicht kurzfristig, so doch mittelfristig scheint eine Einigung im Minimalkonsens der türkisch-islamischen Organisationen in Deutschland in Sicht zu sein, dies zeichnet sich auch schon an der verstärkten Beteiligung der unterschiedlichsten türkisch-islamischen Vereine in gemeinsamen Listen an den Ausländerbeiratswahlen ab. Als gemeinsame Arbeitsfelder bieten sich in diesem Rahmen das Engagement für die Einrichtung eines regulären islamischen Religionsunterrichts an den Schulen, für die Einrichtung islamischer Friedhöfe, Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser sowie das Eintreten für die bundesweite Erlaubnis zum Schächten ab. Während auf der Ebene theologischer Detailfragen und bezüglich der turkeipolitischen Orientierung zwar Unterschiede bestehen bleiben, hat sich in migrationspolitischen Zielen ein breiter Konsens bei den Organisationen herausgebildet.

Yasemin Karakaşoğlu, Zentrum für Türkeistudien, Overbergstraße 27, D-45127 Essen